(2) Für die Vertretung nicht volljähriger und handlungsunfähiger Bürger gelten die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung entsprechend.

Zweiter Abschnitt

Bildung und Zusammensetzung der Schiedsstellen

§ 5

Bildung der Schiedsstellen

(1) Schiedsstellen werden in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitnehmern gebildet. In kleineren Betrieben können Schiedsstellen gebildet werden.

(2) Werden mehrere Schiedsstellen in einem Betrieb gebildet, ist ihre Zuständigkeit nach im Betrieb bestehenden Organisationsstrukturen festzulegen.

(3) Für Betriebe desselben Arbeitgebers innerhalb eines Kreises können Arbeitgeber und Gesamtbetriebsrat eine gemeinsame Schiedsstelle bilden. Der Gesamtbetriebsrat nimmt dann auch das Zustimmungsrecht gemäß § 3 Abs. 4 wahr.

(4) Soweit im Bereich des öffentlichen Dienstes Schiedsstellen für Arbeitsrecht gebildet werden, nehmen die Personalvertretungen die in diesem Gesetz für die Betriebsräte festgelegten Rechte und Pflichten wahr.

(5) Die Bildung von Schiedsstellen ist vom Arbeitgeber unter Benennung des Vorsitzenden, der Beisitzer und aller Vertreter (nachfolgend Mitglieder genannt) dem zuständigen Kreisgericht unverzüglich mitzuteilen.

§ 6

Zusammensetzung der Schiedsstelle

(1) Die Schiedsstelle wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern tätig.

(2) Die Beisitzer und ihre Vertreter werden paritätisch vom Arbeitgeber und vom Betriebsrat oder im Falle des § 5 Abs. 3 vom Gesamtbetriebsrat bestellt. Es können nur Angehörige des Betriebes bestellt werden.

(3) In Betrieben, in denen kein Betriebsrat besteht, wird der Beisitzer der Arbeitnehmer und sein Vertreter in einer Betriebsversammlung, zu der der Arbeitgeber einzuladen hat, in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt.

(4) Die Bestellung bzw. Wahl der Beisitzer und ihrer Vertreter hat innerhalb von 2 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erfolgen. Bei Gründung von Betrieben nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gilt die gleiche Frist.

(5) Auf den Vorsitzenden und seinen Vertreter sollen sich die Beisitzer innerhalb von 2 Wochen nach ihrer Bestellung bzw. Wahl einigen. Kommt eine Einigung über die Person des Vorsitzenden oder seines Vertreters nicht zustande, so bestellt sie das Kreisgericht auf der Grundlage des Antrages eines Beisitzers. Der andere Beisitzer benennt seine Vorschläge in der Antragsrwiderrung. Das Kreisgericht entscheidet nach mündlicher Verhandlung, in der die Beisitzer anzuhören sind, durch unanfechtbaren Beschluß.

(6) Die Mitglieder der Schiedsstelle sollen Erfahrungen auf dem Gebiet des Arbeitslebens besitzen und das 25. Lebensjahr vollendet haben.

(7) Die Mitglieder der Schiedsstelle sind durch den Vorsitzenden der zuständigen Kammer des Kreisgerichtes auf eine

gewissenhafte Erfüllung ihrer sich aus diesem Gesetz ergebenden Obliegenheiten zu verpflichten. Sie erhalten eine Urkunde.

§ 7

Amtszeit

(1) Die Amtszeit der Mitglieder der Schiedsstelle beträgt 4 Jahre. Eine erneute Amtszeit ist zulässig.

(2) Mitglieder der Schiedsstelle können ihr Amt aus wichtigem Grund niederlegen.

(3) Verletzt ein Mitglied der Schiedsstelle seine gesetzlichen Pflichten in grober Weise, so kann auf Antrag des Arbeitgebers, des Betriebsrates oder der Betriebsversammlung das zuständige Kreisgericht über dessen Abberufung entscheiden. Die Entscheidung erfolgt nach mündlicher Verhandlung, in der das Mitglied der Schiedsstelle anzuhören ist, durch unanfechtbaren Beschluß. Bis dahin kann dem Mitglied der Schiedsstelle die Führung seines Amtes durch Entscheidung des Richters vorläufig untersagt werden.

(4) Für den Ersatz des vorzeitig aus seinem Amt ausgeschiedenen Mitgliedes findet § 6 Absätze 2 bis 7 entsprechende Anwendung.

Dritter Abschnitt

Pflichten und Rechte der Mitglieder der Schiedsstelle

§ 8

Pflichten

(1) Die Mitglieder der Schiedsstelle führen ihr Amt als Ehrenamt.

(2) Die Mitglieder der Schiedsstelle haben über die Beratung und die Abstimmung auch nach Beendigung ihres Amtes zu schweigen. Die Schweigepflicht umfaßt auch die Persönlichkeitsrechte der am Verfahren Beteiligten sowie die Betriebs-, Geschäfts- oder Erfindungsgeheimnisse, die ihnen in ihrer Tätigkeit in der Schiedsstelle bekannt geworden sind.

§ 9

Recht auf Freistellung von der Arbeit und Ersatz notwendiger Aufwendungen

(1) Die Mitglieder der Schiedsstelle sind für die erforderliche Zeit einschließlich der Zeit der Vor- und Nachbereitung der Verhandlung ohne Minderung des Arbeitsentgelts von der Arbeit freizustellen. Als Ausgleich für die Tätigkeit als Mitglied der Schiedsstelle, die aus zwingenden Gründen außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen ist, hat das Mitglied der Schiedsstelle Anspruch auf entsprechende Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts. Ist dies innerhalb eines Monats aus betrieblichen Gründen nicht möglich, ist die aufgewendete Zeit wie Überstundenarbeit zu vergüten. Notwendige Aufwendungen der Mitglieder der Schiedsstelle (z. B. Fahrtkosten) hat der Arbeitgeber zu erstatten.

(2) Sofern der Vorsitzende nicht Angehöriger des Betriebes ist, erhält er pro Verhandlungstag eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 Deutsche Mark. Sie ist vom Arbeitgeber auszuzahlen.

(3) Zahlungen des Arbeitgebers nach Absätzen 1 und 2 werden auf Antrag aus öffentlichen Mitteln erstattet. Der Antrag auf Erstattung der Aufwendungen ist beim zuständigen Arbeitsamt zu stellen.